

Die Krise der Berufslehre in Genf in den 1950er- bis 1970er-Jahren

# Ein Massnahmenbündel gegen schulische Defizite

Von Jackie Vorpe

**1955 «war die Quote nicht bestandener Lehrabschlussprüfungen [in Genf] dreimal so hoch wie in den übrigen Kantonen», schrieb die Zeitung La Suisse am 9. April 1957. Heute bildet der Kanton am Genfersee in Bezug auf die duale Berufsbildung das Schlusslicht in der Schweiz. Kann ein solches Erbe die Berufsbildungspolitik beeinflussen?**

In Genf hat Raymond Uldry die Zeit von 1950 bis 1970 geprägt: Er leitete von 1955 bis 1976 das kantonale Amt für Berufsbildung (OCFP). Als er die Leitung des OCFP übernahm, sah er sich damit konfrontiert, dass «Firmen, um ihr Kontingent zu erhalten und die Nachfolge zu sichern, [...] Jugendliche mit einem zwei- bis dreijährigen schulischen Rückstand als Lernende aufnehmen», wie einem Bericht über Repetitorien von 1962 zu entnehmen ist. Diese Jugendlichen waren minderjährige Ungelernte – 1956 machten sie 45 Prozent aller Minderjährigen aus. Das Leistungsniveau der Lernenden sank. Der Zustrom fremdsprachiger Personen verschärfte diese Situation zusätzlich, erlebte die Schweiz doch zwischen 1951 und 1970 die bis dahin grösste Migrationswelle.

Während seiner Amtszeit initiierte Uldry die Schaffung mehrerer sozialer Einrichtungen, die das Ziel hatten, allen Jugendlichen zu einer Berufslehre zu verhelfen, zum Beispiel die 1958 gegründete Société genevoise pour l'intégration professionnelle d'adolescents et d'adultes (SGIPA) oder die 1961 gegründete Association d'aide

aux jeunes travailleurs et apprentis (AJETA). Beide existieren noch heute. Nach seinem Tod im Jahr 2012 würdigte die Tribune de Genève Uldry als «grossen Mann», der «die soziale Landschaft Genfs stark geprägt» habe.

## Rettungs- und Aufholaktion

Mit Uldry begann in Genf eine Ära der Rettungs- und Aufholpolitik. In seiner Rede bei der Übergabe der eidgenössischen Fähigkeitszeugnisse am 7. Dezember 1961 erklärte er: «Für bessere Leistungen von schwächeren Lernenden muss man den doppelten Aufwand betreiben.» Damals lag der Schwerpunkt der Genfer Berufsbildungspolitik laut dem erwähnten Bericht aus dem Jahr 1962 vor allem darauf, «die Zahl jener zu verringern, die als Ungelernte ins Berufsleben einsteigen, [und] die Durchfallquote bei den Lehrabschlussprüfungen sowie die Zahl der Lehrvertragsauflösungen zu senken».

## Ein soziales Stigma?

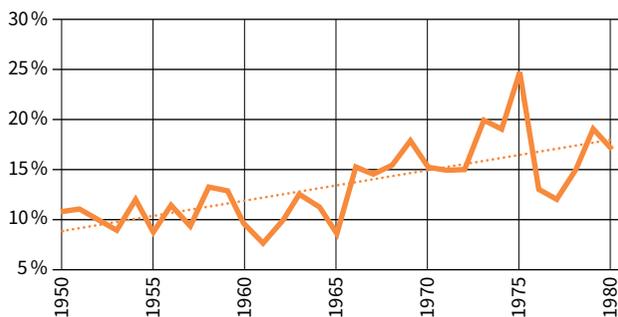
Das Problem der Durchfallquoten und Vertragsauflösungen verschärfte sich, als während der 60er- und 70er-Jahre eine Demokratisierung der Universitäten stattfand und die bisherigen Top-Lernenden ein Studium anstrebten. Hier zeigte sich die Schattenseite des Wirtschaftsbooms. Firmen sahen sich vermehrt gezwungen, Jugendliche mit schulischen Defiziten einzustellen.

Der Blick zurück auf die Sozialgeschichte Genfs und die Entstehung von Einrichtungen wie der SGIPA oder AJETA werfen die Frage auf: Haftet der Berufsbildung in Genf aufgrund der damaligen Rettungspolitik, die durch die hohen Durchfallquoten und die vielen Vertragsauflösungen ausgelöst worden war, bis heute ein soziales Stigma an?

▪ Jackie Vorpe, MSc, Junior Researcher Forschungsfeld Institutionelle Bedingungen der Berufsbildung, EHB

► [www.ehb.swiss/die-berufsbildung-der-schweiz-kantonale-unterschiede](http://www.ehb.swiss/die-berufsbildung-der-schweiz-kantonale-unterschiede)

Durchfallquote bei den Lehrabschlussprüfungen in Genf 1950–1980



Quelle: Geschäftsberichte des OCFP Grafik: EHB/Captns